

Rotstift

07|22

Das politische Blatt für Karscht

und alle Stadtteile. Von Ihrer **SPD**.

„, von wem sonst?!“

DIE CHANCEN NUTZEN

Angesichts der zahlreichen Aktivitäten in der Stadt sind die **Planungen für die sog. „Südstadt“** leider etwas aus dem Focus geraten. Dabei besteht hier eine Riesenchance für die Entwicklung des Geländes, die unabhängig von der klammen finanziellen Situation der Stadt genutzt werden muss. Das Planungsbüro von Petra Zeese hat — unter Einbeziehung von 130 Bürgerinnen und Bürgern — eine gute Vorlage geliefert, auf der es sich aufbauen lässt.

Für die SPD ist es keine Frage, dass hier **die richtigen Weichen für die Zukunft der Altstadt** gestellt werden müssen. Wie können um den Baggertsweg positive Impulse für die Innenstadt ausgehen? Wie kann es mit einer multifunktionalen Südstadt weitergehen? Wie können ökologische, soziale und generationenübergreifende Aspekte einfließen? Freizeitflächen (Freibad, Sportplätze, Campingplatz mit weiterem Gelände für die Dauercamper, Ruder- und Tennisclub), Berufsschule, Industrie- und Gewerbegebiete sowie der Stadtfriedhof sind hier angesiedelt und das Entwicklungspotential ist sehr hoch.

Genau aus diesem Grund darf es auch **keine Denkverbote** geben.

Es war klug von der Stadt, das Hegewaldgelände und das Turmkaufhaus zu erwerben. Hier könnte **ein neues Entree für die Altstadt** entstehen. In der Eußenheimer Straße wird ein neuer Kindergarten gebaut. Dies schließt jedoch nicht aus, dass auch in der Südstadt eine kleinere Kindertagesstätte entstehen kann. Der Friedhof in der Altstadt weist immer mehr leere Grabstellen auf. Was spricht also gegen eine massive Verkleinerung?

Seit Jahren bemüht sich die Stadt um eine **bessere Anbindung der Siedlung an die Altstadt**. Geschehen ist Dank der sturen Haltung der Deutschen Bahn nichts. Schon zu Zeiten der Bürgermeister Hofmann und Keller wurde auch über eine Unterführung in Verlängerung der Alten Bahnhofstraße nachgedacht. Dies wäre sicherlich ein spannender Lösungsansatz. Oder warum nicht in Verlängerung der Korbstraße einen Steg für Fußgänger- und Radfahrer über die Bahn? Der Vorschlag der Planerin ist absolut diskussionswürdig.

GAMBACH: TEMPO 50 GEFORDERT

Foto: Dana Goldberg



v.l.: Alfons Mühlrath, Kerstin Amersbach, Herbert Weiglein,

Endlich, nach jahrzehntelangem Warten ist es soweit: Die Baumaßnahme Linksabbiegespur wird in Angriff genommen. In diesem Zuge wird auch die Kreisstraße MSP 10 von der Kreuzung bis zum Ortsanfang neu asphaltiert.

Der SPD Ortsverein Gambach setzt sich dafür ein, dass in diesem Zusammenhang das Tempo in der Bahnhofstrasse von 70 auf 50 reduziert wird.

Die Geschwindigkeit, mit der hier gefahren wird, ist insbesondere für die Kinder eine Gefahr, die an den Bushaltestellen die Straße überqueren müssen. Auch für die Anlieger ist es ein Problem, gefahrlos aus ihren Garagen auf die Straße zu kommen.

Auch ist die Querung der MSP 10 bei der Verbindung der Straße „Am Bahnhof“ (Verbindung zu den Tongruben) mit dem geologischen Lehrpfad für Wanderer äußerst problematisch.

MEINUNG: Harald Schneider

MAINUFER VOM AUTOBLECH BEFREIEN

Natürlich hat Geograf Reinhard Hutzelmann vom Büro Geoplan Recht, wenn er sagt, dass es sich beim **Parkplatz am Main** um eine „unter Wert genutzte Altstadtfläche“ handelt. Bei der Europäischen Mobilitätswoche 2021 gab es ja zumindest einen zaghaften Versuch, einen vier Meter breiten Streifen für Fußgänger und Radfahrer abzuzweigen. Schon allein dies hat natürlich den Gewerbe- und Fremdenverkehrsverein oder die Stadtmarketing GmbH auf den Plan gerufen. Umsatzeinbußen und der Verlust von Arbeitsplätzen sind ein scharfes Schwert in der Diskussion – unabhängig ob diese Argumentation stimmt oder nicht.

Mich erinnert die Auseinandersetzung sehr an die Diskussion zu Beginn der Altstadtsanierung 1975, z. B. ob die Hauptstraße zu einem verkehrsberuhigten Bereich umgestaltet werden soll. Nichts von den düsteren Prognosen ist eingetroffen. Mittlerweile ist es gerade die verkehrsberuhigte Hauptstraße, die die Lebensqualität Karlstadts gehoben hat und Jahr für Jahr tausende von Besuchern anzieht. Im Grunde sollte der Mainparkplatz gänzlich vom Autoverkehr befreit werden.

Warum nicht den Campingplatz verlegen und dort Parkplätze schaffen? Ach, was ist übrigens aus den Plänen für ein Parkdeck in der Gemündener Straße geworden?

SPD UNTERSTÜTZT RADENTSCHEID

Foto: Alfons Mührath



Die SPD-Stadtratsfraktion unterstützt den Radentscheid Bayern. Dieser hilft, auch Karlstadt fahrradfreundlicher zu machen. Die Stadt hat sich auf Initiative der SPD-Stadtratsfraktion auf den Weg gemacht: Zur Zeit ist ein Radfahrkonzept in Bearbeitung. Bei Fahrradhändler Volker Rosenberger konnte sich die Fraktion über den ungebrochenen Fahrradboom ein Bild machen. v.l.: Harald Schneider, Volker Rosenberger,

Bereits vor fünf Jahren hat die bayerische Staatsregierung versprochen, den bayernweiten Radverkehrsanteil bis 2025 von 10 auf 20 Prozent zu verdoppeln. Bis jetzt ist der Radverkehrsanteil aber nur um circa ein Prozentpunkt auf 11 Prozent gestiegen. Das ist auch kein Wunder, wenn man z.B. auf die Situation in Main-Spessart sieht.

Radwege, Abstellanlagen und Radmitnahmemöglichkeiten fehlen oder sind häufig so dürftig und unsicher, dass sie nicht zum Radfahren einladen. Dies war auch der Grund für die SPD, bereits 2019 im Kreistag den Antrag auf Mitgliedschaft in der **Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommu-**

nen (AGFK) zu stellen. Gegen den erklärten Widerstand des damaligen Landrats Thomas Schiebel fand sich eine Mehrheit. „Nach mehr als zwei Jahren ist nun Bewegung in die Sache gekommen“, so Kreisrat Harald Schneider. Noch im Juli findet eine Bereisung des Landkreises durch die AGFK statt. Erklärtes Ziel dabei ist es, die Bemühungen der einzelnen Kommunen zu unterstützen und zu vernetzen. SPD-Kreisvorsitzender Sven Gottschalk erhofft sich auch hier den Rückhalt des Kreistages für ein **Alltagsradwegenetz zwischen den einzelnen Ortschaften**. „Oft hat man nur die Wahl zwischen holprigen Feldwegen oder gefährlicher Landstraße.“ In Karlstadt ist man bereits einen Schritt weiter. Auch dort hat die SPD-Stadtratsfraktion bereits 2019 einen entsprechenden Antrag gestellt. Der Bürgermeister und die einzelnen Fraktionen stehen hinter den Bemühungen, den Radverkehr in der Stadt zu fördern.

„**Was wir brauchen, ist ein verbindliches Radgesetz**“, so die stellvertretende Landrätin Pamela Nembach. Damit soll der Radverkehr bis 2030 auf 25 Prozent gesteigert werden. Das Bündnis Radentscheid Bayern wird vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC), dem Bund Naturschutz, Dem Verkehrsclub Deutschland (VCD), sowie den fünf Parteien SPD, Grüne, ÖDP, Linke und Volt unterstützt. 25.000 Unterschriften braucht das Bündnis, damit es zum Volksbegehren kommen kann. Harald Schneider hat absolut keine Bedenken, dass die Anzahl der Unterschriften bis Oktober 2022 erreicht wird.



KINDERTAGESSTÄTTE **GENAU RICHTIG**

Foto: Alfons Mühlrath



Der Standort in der Eußenheimer Straße ist der zweckmäßigste für den neuen Kindergarten in Karlstadt. Davon überzeugte sich die SPD-Stadtratsfraktion bei einem Ortstermin. Dort kann ein Neubau am Schnellsten realisiert werden. v.l.: Marco Netrval, Martha Bolkart-Mühlrath und Harald Schneider

Der Stadtrat hat sich mit klarer Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion für den Neubau des Kindergartens in der Eußenheimer Straße entschieden. Diskutiert wurden im Vorfeld auch einige alternative Standorte wie zum Beispiel im Wurzgrund, im Leckertsgarten, in der Gemündener Straße und auch im Hegewaldgelände. Weder die Stadtverwaltung noch der Stadtrat haben sich die Entscheidung leicht gemacht und der Antrag der Grünen wurde den sachbezogenen Entscheidungsgründen nicht gerecht. Dies wurde auch bei der Diskussion im Stadtrat deutlich. „100 Punkte bekommt eh keiner von allen vorgeschlagenen Standorten“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Stefan Rümmer in der Stadtratssitzung. Der Standort in der Eußenheimer Straße ist prädestiniert, auch weil dort schnell gebaut

werden kann. Ob die Straße zur Ortsstraße herabgestuft wird, sollte nicht entscheidend sein. Noch ist die B 26n nicht gebaut und ob sie überhaupt gebaut wird, steht angesichts der knappen finanziellen Mittel auf Bundesebene in den Sternen.

Über die Notwendigkeit eines Neubaus gab es im Stadtrat keinen Dissenz. Der Bedarf für eine neue Kindertagesstätte als Ersatz für das Theresienheim in der Altstadt ist groß, weil die 1910 eingeweihte ehemalige Kinderbewahranstalt aus allen Nähten platzt und marode ist. Es gibt bereits eine Containerlösung und Ausnahmegenehmigungen. Was mit dem Theresienheim geschieht, ist noch nicht entschieden – ein purer Abbruch wäre schade.

STEFAN RÜMMER **WILL IN DEN BEZIRKSTAG**

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Karlstadter Stadtrat und Kreisrat Stefan Rümmer will 2023 im Landkreis Main-Spessart für die SPD als Kandidat für den Bezirkstag antreten!

Der 42-Jährige wurde bereits mit 22 Jahren in den Stadtrat von Karlstadt gewählt, ist seit 13 Jahren Betriebsratsvorsitzender bei Düker und erreichte in der Stichwahl um das Bürgermeisteramt 2020 ein sehr gutes Ergebnis.

Zwischenzeitlich hat Stefan Rümmer auch den Vorsitz des DGB Kreises Main-Spessart übernommen. Die Nominierung durch SPD findet am 17. September statt.

MEINUNG: Dr. Frederik Arand **SOLARMODULE AUF ALTSTADTDÄCHERN?**

Seit über 20 Jahren gilt die „Gestaltungssatzung Altstadt Karlstadt“. Dort steht in §3 (5): „Vom Straßenraum sichtbare Sonnenkollektoren sind nicht zugelassen.“

Der Absatz hat unter ästhetischen Aspekten auch heute eine Berechtigung, darf aber nicht als unumstößliches Diktum gelten. Gegen Solarzellen spricht zur Zeit, dass diese fast nur in China produziert werden, wo Menschen- und Minderheitenrechte praktisch nicht vorhanden sind. Dagegen müssen aber die **Vorteile erneuerbarer Energie** angesichts der Klima- und Energiekrise abgewogen werden. Inzwischen haben Solarmodule nach zwei bis drei Jahren das für die Produktion verwendete CO₂ ausgeglichen und tragen zur klimafreundlichen Stromerzeugung bei. Auch geopolitisch macht es Sinn, sich von Russland, dem Nahen Osten und auch von den USA und Kanada unabhängig zu machen. Schließlich können Hausbesitzer ganz profan an ihren Geldbeutel denken und **die finanziellen Vorteile der Solarstromerzeugung** berücksichtigen.

Meiner Meinung nach hätte eine Streichung von §3 (5) mehr Vorteile als Nachteile. Dabei könnten zusätzlich positive Nebeneffekte erreicht werden: Hausbesitzerinnen können beim Solarzellenausbau die Dächer mitsanieren, um zusätzlich Energie zu sparen. Lokale Fachkräfte profitieren von den Aufträgen. Die SPD-Stadtratsfraktion ist schon von der Idee überzeugt: Sie wird einen Antrag stellen.

LAUDENBACHER WÜNSCHEN SICH **BELEUCHTETEN RADWEG NACH KARLSTADT**

Ein Herzenswunsch der Laudenbacher war beim Besuch der SPD im Vorfeld der Kommunalwahl ein beleuchteter Radweg nach Karlstadt. Dies sollte durchaus realisiert werden können.

Viele Laudenbacher setzen ihre Hoffnung nun in das Radwegekonzept. Dies wird zur Zeit vom Büro Brenner Plan erarbeitet. Ein beleuchteter Radweg bedeutet ja nicht, dass der Radweg die ganze Nacht beleuchtet werden muss. Mit Bewegungsmeldern können immer die entsprechenden Wegeabschnitte beleuchtet werden.

Des weiteren sollte die Bushaltestelle freundlicher gestaltet werden. Dadurch würde ein positiver Aspekt für den ÖPNV gesetzt und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel attraktiver.



SOMMERFEST **IN ROHRBACH**

Die SPD Karlstadt und Gambach feiern am **20. August in Rohrbach** ihr Sommerfest. Dazu sind nicht nur

alle Mitglieder, sondern auch Freunde und Sympathisanten eingeladen. **Das Fest beginnt um 16.00 Uhr in Rohrbach.**

BERND RÜTZEL, MDB: FÜR MEHR SOZIALE SICHERHEIT

Foto: Henning Schacht



Die Ampelkoalition regiert erst ein halbes Jahr und als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales berichte ich heute, was wir in meinem Bereich bisher auf den Weg gebracht haben:

- Gleich im Dezember haben wir die Erleichterungen und Erhöhungen beim **Kurzarbeitergeld** verlängert und die maximale Bezugsdauer heraufgesetzt.
- Wir haben den **Kindersofortzuschlag** von 20 Euro/Monat für Kinder und Jugendliche, die in armen Familien leben, eingeführt.
- Wir haben eine Einmalzahlung von 200 Euro für Menschen in der **Grundsicherung** beschlossen.
- **Sanktionen** in der Grundsicherung wird es auch weiterhin geben. Sie müssen aber verhältnismäßig sein und dürfen nicht zu Obdachlosigkeit führen.

- Wir haben den **Nachholfaktor in der Rente** wieder eingeführt. Die Rentengarantie sorgt dafür, dass auch ein sinkendes Lohnniveau nicht zu sinkenden Renten führt. Das hat die Rentner 2021 vor einer Rentenkürzung bewahrt. Ich halte diese Schutzmaßnahme für äußerst wichtig. Der Nachholfaktor gleicht das in den kommenden Jahren wieder aus. Aber auch mit Nachholfaktor steigen die Renten in diesem Jahr um 5,35 % West und 6,12 % Ost.
- Personen, deren **Erwerbsminderungsrente** zwischen 2001 und 2014 bewilligt wurde, erhalten einen Zuschlag von 7,5 Prozent. Wer im Zeitraum zwischen 2014 und 2019 in die Erwerbsminderungsrente musste, bekommt 4,5 Prozent mehr. Das bedeutet eine höhere Rente für 3 Millionen Menschen.
- Besonders stolz bin ich darauf, dass wir den **Mindestlohn** auf 12 Euro/Stunde erhöht haben. Dieses Gesetz habe ich federführend verhandelt. Dabei haben wir die Minijobgrenze auf 520 Euro/Monat erhöht. Wer zwischen 521 und 1.600 Euro verdient, zahlt niedrigere Sozialbeiträge.

Auch für das 2. Halbjahr 2022 steht noch viel an:

- das zweite **Rentenpaket** zur Sicherung des Rentenniveaus,
- ein **Einwanderungsgesetz**,
- und natürlich das **Bürgergeld**.

Wir haben viel vor – und werden darüber hinaus schnell reagieren, wenn Krisen es erfordern.

bernd-ruetzel.de